

Wahlprogramme der Parteien als Gradmesser ihrer Schwerpunktsetzung

Anders als während der vorherigen Bundestagswahlkämpfe hat die DGKJP keine Wahlprüfsteine zusammengestellt. Die Generalsekretäre der Parteien CDU, CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Die Linke hatten sich angesichts der sehr verkürzten Zeitläufe darauf geeinigt, nur Wahlprüfsteine von einigen wenigen vorab gemeinsam vereinbarten Verbänden und Organisationen zu beantworten, die aus ihrer Sicht die gesamte Breite des gesellschaftlichen Spektrums repräsentieren.

Wie die Liste dieser Verbände zustande kam, ist fraglich. Ob die gesamte Breite des gesellschaftlichen Spektrums und damit auch alle zukünftig relevanten Themen auf diesem Wege erfasst wurden, ebenso. Was bleibt, ist ein Blick in Wahlprogramme, um zu sehen, was sich die Parteien von sich aus für die nächste Legislatur vorgenommen haben, zum Beispiel, um die Versorgung der Menschen mit psychiatrischen Erkrankungen zu verbessern.

Es folgen Ausschnitte aus den einzelnen Programmen (Stand: 7.2.2025). Dazu wurde mit den Suchbegriffen „Psych“, „Kind“ und „Gesundheit“ gearbeitet. Deutlich werden die Schwerpunkte der einzelnen Parteien sowie die Tonalität, mit der sie die Themen angehen. Die Reihenfolge der Wahlprogramme gründet sich auf die Anzahl der relevanten Fundstellen sowie die Zeichenzahl nach den vorgenommenen Kürzungen: Grüne: 25 Stellen, Union: 21 Stellen, SPD: 20 Stellen, Linke: 17 Stellen, FDP 12 Stellen, AfD: 12 Stellen, BSW: 11 Stellen.

Bündnis 90/Die Grünen (Zusammen wachsen – Regierungsprogramm 2025 – 160 Seiten)

Wir schaffen mehr Stellen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Inklusion in multiprofessionellen Teams. Wir stärken die Kompetenzen und Leistungen der Kinder [...] Wir fördern die politische Bildung, Demokratiebildung, Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Außerdem setzen wir auf den Aufbau von digitalen Fähigkeiten, Medienkompetenz und auf den verantwortlichen Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI). (S. 77)

Die psychische Gesundheit junger Menschen hat sich in den vergangenen Jahren verschlechtert. [...] Mit den Mental Health Coaches und ihren Gruppenangeboten an weiterführenden Schulen konnten wichtige Anlaufstellen geschaffen werden, die wir ausbauen wollen. [...] Bewährte Anlaufstellen wie die Nummer gegen Kummer und andere Beratungsstellen brauchen eine bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung. Wir wollen Kinder und Jugendliche vor den psychischen und sozialen Risiken der exzessiven Nutzung sozialer Medien besser schützen. (S. 84 – 85)

Die Versorgung von Kindern und Jugendlichen werden wir weiter verbessern und hierbei auch auf eine verlässliche Arzneimittelversorgung und den Abbau von Versorgungslücken bei Kinderärzt*innen und -psychotherapeut*innen achten. (S. 90)

Seelische und körperliche Gesundheit bedingen sich gegenseitig und sind ein Fundament für eine hohe Lebensqualität. Es ist nicht hinzunehmen, dass viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf passende Hilfe warten müssen. [...] werden wir Therapieplätze und psychiatrisch-psychosoziale Krisendienste bedarfsgerecht ausbauen sowie die Bedarfsplanung für psychotherapeutische Angebote modernisieren. Dabei nehmen wir besonders Kinder und Jugendliche in den Blick. Wir wollen die angemessene Finanzierung der Weiterbildung von Psychotherapeut*innen sicherstellen. Die psychiatrische Versorgung werden wir sektorübergreifend stärken. [...] Psychosoziale Zentren für Geflüchtete werden wir stärken und das Recht auf Sprachmittlung verankern. (S. 95)

Wir bauen die psychosoziale Hilfe aus und unterstützen vulnerable Gruppen von Beginn an. (S. 128)

Den Umgang mit psychischen Ausnahmesituationen wollen wir stärker in den Fokus nehmen und die psychosoziale Notfallversorgung von Einsatzkräften und Betroffenen verbessern. (S. 134)

Mit der inklusiven Kinder- und Jugendhilfe im [...] SGB VIII sorgen wir dafür, dass alle Kinder und Jugendlichen mit und ohne Behinderung eine zentrale Ansprechstelle haben und ganzheitlich und individuell gefördert werden. Junge Menschen, die die Jugendhilfe verlassen, wollen wir im Übergang ins Erwachsenenleben besser unterstützen und Maßnahmen der Ausbildungsbegleitung fördern. (S. 86)

Mit dem Kita-Qualitätsgesetz investiert der Bund derzeit jährlich rund 2 Milliarden Euro in gute frühkindliche Bildung. Diesen Weg setzen wir fort, indem wir bundesweite Qualitätsstandards [...] gesetzlich festschreiben und [...] Investitionen in frühkindliche Bildung erhöhen [...], besonders [...]für] Kitas mit einem hohen Anteil sozioökonomisch benachteiligter Kinder. [...] Wir werden] steuerliche Anreize für Unternehmen einführen, die selbst oder in Kooperation Kitaplätze schaffen [...]. (S. 75 – 76)

Mit einem „Zukunftsinvestitionsprogramm Bildung“ wollen wir Hand in Hand mit Ländern und Kommunen bundesweit für mehr Chancen- und Generationengerechtigkeit sorgen. (S. 77)

Auch über 2025 hinaus sollen Eltern jeweils an 15 Tagen Kinderkrankengeld beziehen können, Alleinerziehende an 30 Tagen. (S. 82)

Das Kindergeld rechnen wir nur noch zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuss an. [...] schnellstmöglich eine Kindergrundsicherung einführen. Mit ihr wollen wir Antragsverfahren weiter verschlanken und stetig automatisieren, damit Kinder und ihre Familien die ihnen zustehenden Leistungen auch tatsächlich erhalten. (S. 83)

[...] Modernisierung der Verwaltung [...] Anrechnung von Unterhalt und Einkommen entlasten. [...] Mit einem Sonderprogramm wollen wir über zehn Jahre Kommunen dabei unterstützen, Strukturen für Kinder- und Jugendarbeit aufzubauen und zu stärken. [...] Mittel des Kinder- und Jugendplans [...] und für die Frühen Hilfen [...] aufstocken (S. 84)

[...] Kinderrechte [...] endlich ins Grundgesetz [...] schreiben und dass junge Menschen ab 16 Jahren auch bei Bundestagswahlen mitentscheiden dürfen (S. 85)

[...] einheitliche Kinderschutzstandards, gesetzlich geregelte Mindeststandards für Gutachter*innen, [...] Strafverfolgung durch die Polizei im Netz und offline, bessere Meldestellen und gezielte Löschungen von Missbrauchsdarstellungen sowie Prävention in Schule, Jugendhilfe und Familie. (S. 86)

[...] Belange von Kindern als Geschädigte oder Zeug*innen vor Gericht [sollen] besser berücksichtigt werden. (S. 114)

Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt [...] sollen [...] einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher. [...] Ausbau von Angeboten für Menschen mit Behinderung [...] (S. 118)

Wir schließen die Gesetzeslücken, um nicht notwendige Operationen an intergeschlechtlichen Kindern zu verbieten. [...] das Unrecht gegenüber trans- und intergeschlechtlichen Menschen, deren körperliche Unversehrtheit verletzt oder Ehen zwangsgeschieden wurden, endlich anerkennen. Lücken beim Verbot von sogenannten Konversionstherapien werden wir schließen [...] (S. 121)

Kinder brauchen ihre Eltern, Eltern brauchen ihre Kinder – auch um anzukommen und sich zu integrieren. Daher wollen wir weiter den Familiennachzug ermöglichen und existierende Einschränkungen aufheben. (S. 129 – 130)

[...] Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum gesetzlichen Maßstab für ein gesundes Leben in Deutschland und Europa machen. (S. 53)

[...] Kinder vor Werbung für ungesunde Lebensmittel schützen und Geschmacksaromen für E-Zigaretten, die besonders junge Menschen zum Konsum verleiten, vom Markt verbannen. [...] Gerade im Sinne des Kinder- und Jugendschutzes setzen wir uns für wirksame Maßnahmen zum Senken des Zuckergehalts von Softdrinks ein. (S. 60)

Deshalb werden wir die hausärztlich-zentrierte Primärversorgung stärken, um eine bessere Behandlungsqualität und Effizienz zu erreichen. Wir wollen die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Ärzt*innen und Angehörigen anderer Gesundheitsberufe wie zum Beispiel Community Health Nurses, Hebammen und Pflegekräfte weiter vorantreiben. [...] Die Verteilung von niedergelassenen Ärzt*innen muss besser organisiert und enger mit der Krankenhausplanung der Länder verknüpft werden. [...] Die

bestehende Trennung der Finanzierungssysteme von ambulanter und stationärer Versorgung wollen wir überwinden und stärkere Vernetzung von ambulanten und stationären Angeboten im Gesetz verankern, um bessere Kooperation und Koordination zu fördern. [...] Mit niedrigschwelligen Gesundheitskiosken ermöglichen wir wohnortnahe Beratung und mit Gesundheitsregionen schaffen wir Verbünde von Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzt*innen und Versorgungszentren, in denen alle Gesundheitsberufe zusammenarbeiten. [...] Maßnahmen ergreifen, um Fehl- und Überversorgung abzubauen[...]. Gesundheitsfachberufe und Vertragsärzt*innen wollen wir von unnötiger Bürokratie und überflüssigen Regressverfahren entlasten und den Sprechstundenanteil für gesetzlich Versicherte erhöhen, damit Patient*innen schneller Termine erhalten. [...] Die Umsetzung der Krankenhausreform werden wir weiter vorantreiben und gemeinsam mit den Ländern umsetzen. [...] nicht nur die gesetzlichen, sondern auch die privaten Versicherungen an den Transformationskosten beteiligen. [...]

Oberste Priorität [...], dass sich Menschen [...] darauf verlassen können, eine gute Grund- und Notfallversorgung überall erreichen zu können und in spezialisierten Zentren in bester Qualität versorgt zu werden. Ziel [...] auch [...] umfassende Reform der Notfallversorgung einschließlich des Rettungsdienstes [...] Für Gesundheitsberufe [...] mehr Kompetenzen zur eigenständigen heilkundlichen Behandlung. (S. 88 – 89)

Digitalisierung im Gesundheitswesen [...] vorankommen. [...] Abbau unnötiger Bürokratie [...] und der Nutzen für Patient*innen erhöht [...], auch durch den Einsatz Künstlicher Intelligenz. Die Nutzung von Daten für Forschung und Versorgung haben wir verbessert und werden diesen Weg fortsetzen. (S. 90)

Den Einfluss von Finanzinvestoren begrenzen wir, stellen Transparenz über die Eigentumsverhältnisse von Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen her [...] Finanzierung von Gesundheit und Pflege unserer Gesellschaft [...] verlässlicher und gerechter [...] als der Status quo [...] faire Beteiligung aller Versicherten an der Finanzierung. (S. 93)

Prävention und Gesundheitsförderung wollen wir grundsätzlich als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verfolgen [...] öffentlichen Gesundheitsdienst durch ein eigenes Bundesinstitut stärken und dabei vor allem Menschen in sozioökonomisch benachteiligten Verhältnissen in den Blick nehmen. (S. 94)

Mit dem Cannabisgesetz haben wir Bürgerrechte sowie den Schutz von Gesundheit, Jugend und Verbraucher*innen [...] in den Mittelpunkt gestellt. [...] Vernunft und Hilfe statt Kriminalisierung. Diesen Wechsel in der Drogenpolitik, der die Befähigung zum eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt, wollen wir fortführen. [...] Gleichzeitig [...] Angebote für Prävention, Therapie und den Gesundheitsschutz [...] ausbauen, [...] damit [Menschen] gar nicht erst abhängig werden oder ihnen besser geholfen werden kann, wenn sie suchtkrank sind. (S. 96)

Link zum Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen: [Zusammen wachsen – Regierungsprogramm 2025](#)

CDU/CSU (Politikwechsel für Deutschland – 79 Seiten)

Wir entwickeln die Kinder- und Jugendhilfe so weiter, dass sie [...] bestmögliche Unterstützung bietet. [...] Strukturen, die Sicherheit und Verlässlichkeit garantieren. Wir bauen psychosoziale Unterstützungsangebote aus. (S. 61)

Das Selbstbestimmungsgesetz der Ampel erlaubt bei Kindern und Jugendlichen, ihren Geschlechtseintrag und Vornamen auch ohne Gutachten oder Beratung und gerichtliche Entscheidung zu ändern. Das lehnen wir entschieden ab. Gerade in der altersbedingt volatilen Lebensphase der Pubertät muss ausgeschlossen werden, dass Persönlichkeitszweifeln mit einem leichtfertigen Geschlechtswechsel begegnet wird. Es braucht in jedem Fall unabhängige psychologische Gutachten. Operative Eingriffe vor der Volljährigkeit lehnen wir grundsätzlich ab. (S. 62)

Wir entwickeln die Haus- und Kinderarztpraxen innovativ weiter [...] stärkere Steuerungsfunktion der Patienten [...] mehr Zeit für Behandlung [...] Geburtshilfe und medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen gestalten wir zukunftsfest um. Familien müssen dort, wo sie wohnen, bestmögliche medizinische Versorgung erhalten. Wir wollen die ambulanten und stationären Versorgungsangebote für psychische Erkrankungen bedarfsgerecht verbessern, insbesondere für Kinder und Jugendliche. (S. 68)

[...] weitere Verbesserungen beim barrierefreien Zugang zur gesundheitlichen Versorgung und Informationen [...] führen den Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen fort. Aufwändige Antragsprozesse für Hilfsmittel, insbesondere für Kinder mit Behinderungen [...] vereinfachen. [...] individuelle Bildungsmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen [...] neben Inklusionsangeboten auch Förderschulen als Bestandteil der Bildungswelt. (S. 60)

Gegen jede Form der Gewalt gegen Kinder gehen wir konsequent vor – auch im Netz. (S. 4)

Wir schaffen das Cannabis-Gesetz der Ampel ab. Dieses Gesetz schützt Dealer und setzt unsere Kinder und Jugendlichen dem Drogenkonsum und der Sucht aus. (S. 4)

Wir schaffen das Selbstbestimmungsgesetz der Ampel wieder ab. Der Jugendschutz und das Erziehungsrecht der Eltern dürfen nicht untergraben werden. (S. 7)

Wir setzen auf verpflichtende Sprachtests im Vorschulalter. Kinder mit Sprachproblemen müssen eine Kita oder Vorschule besuchen.

[...] Anstrengung und Leistung wieder in den Mittelpunkt, [von] Kernfächern wie Mathe und Deutsch bis hin zu den Bundesjugendspielen. [...] bundesweit vergleichbares Abitur auf hohem Niveau. Bei den Anforderungen [...] keine Abstriche [...]. (S. 7)

Wir verschärfen das Strafrecht, um vor allem Frauen, ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und andere besonders gefährdete Gruppen besser zu schützen. [...] Opfer häuslicher Gewalt, gerade Frauen und Kinder [...] Schutz hat für uns Priorität. [...] wo Kinder betreut werden, flächendeckend verbindliche und standardisierte Schutzkonzepte [...]. Im Umgangsrecht soll gelten: Wenn ein Elternteil dem Kind Gewalt antut, muss es von der Betreuung ausgeschlossen werden. (S. 37)

[...] Cannabis-Gesetz gescheitert. [...] Legalisierung [...] nehmen wir [...] zurück.

Nach der Vorstellung des Gesetzgebers sollte die Anwendung des Jugendstrafrechts auf Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) die Ausnahme bleiben und im Regelfall das Erwachsenenstrafrecht gelten. [...] Künftig soll

auf alle Heranwachsende (18 bis 21 Jahre) das allgemeine Strafrecht Anwendung finden. [...] Kinder unter 14 Jahren sind bislang strafrechtlich nicht schuldfähig. Es ist fraglich, ob diese Altersgrenze dem heutigen Reifegrad von Kindern noch angemessen ist. Wir lassen dies durch eine wissenschaftliche Untersuchung prüfen, um gegebenenfalls das Mindestalter für die Strafmündigkeit anzupassen. In jedem Fall gilt es aber, Gerichtsverfahren zu etablieren, die die Straftaten unter Anwesenheit der erziehungsberechtigten Eltern und der Kinder von Staatsanwaltschaft und Jugendgericht aufarbeiten. Das gebietet der Respekt vor den Opfern. (S. 37)

Im Kampf gegen [...] sexuelle Gewalt gegen Kinder, oder um Terroranschläge zu verhindern, verpflichten wir die Internetanbieter zur Speicherung der IP-Adressen und Portnummern für eine Mindestdauer. (S. 38)

[...] ausreichender Kinder- und Jugendschutz auch im Internet [...] Das gilt auch für Soziale Medien als wichtige Plattformen [...] bei der Umsetzung des Digital Services Act der Schwerpunkt auf mehr Transparenz, Kampf gegen Desinformation sowie Jugend- und Medienschutz [...] (S. 39)

[...] bei unseren Grundschulkindern für eine halbe Stunde Sport täglich [...] Bundesjugendspiele mit Wettbewerbscharakter in ganz Deutschland [...] schärfen die Mechanismen zur Talenterkennung und ermöglichen eine gezielte Spitzensportförderung. Nur mit besten Trainingsbedingungen, bester Betreuung, auch im Hinblick auf physische und mentale Gesundheit, schaffen wir einen Trendwechsel hin zu mehr Medaillen bei Großveranstaltungen. [...] Sexualisierte Gewalt hat im Sport keinen Platz. Sportvereine [...] sichere Orte für Kinder und Jugendliche [...] (S. 59)

Wir bauen Beratungsangebote und Frühe Hilfen für Familien aus. Dafür stärken wir den Fonds Frühe Hilfen und [...] bessere Vernetzung bestehender Strukturen. (S. 61)

[...] bei Partnerschaftsgewalt das Sorge- und Umgangsrecht des gewalttätigen Elternteils ausschließen. Rechte des biologischen Vaters dürfen nicht durch Vereinbarung der Mutter mit Dritten ausgehebelt werden. (S. 62)

[...] Bildungsforschung, um einheitliche Standards zur flächendeckenden Diagnose des Entwicklungsstands aller Drei- bis Vierjährigen [...]. Künftig müssen Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik zum Wohle aller Kinder Hand in Hand gehen. Hierzu müssen Bund, Länder und Kommunen enger zusammenwirken. [...] Ausbau der Betreuungsplätze. [...] Jedes Kind, das eingeschult wird, muss Deutsch können. Alle Kinder mit Förderbedarf wollen wir zur Teilnahme an einem vorschulischen Programm in einer Kita, einem Kindergarten oder einer Vorschule verpflichten. [...] Neustart des erfolgreichen Bundesprogramms Sprach-Kitas [...] Wir schaffen die rechtlichen Voraussetzungen für eine verbesserte Kooperationsstruktur für Schule, Jugendhilfe und Eingliederungshilfe. (S. 63)

Evidenzbasierte Bildungspolitik [...] bundesweites Bildungsverlaufsregister über alle Stufen formaler Bildung [...] schaffen und einen regelhaften Zugang der Forschung zu diesen Daten vorzusehen. [...] ländergemeinsame datenschutzkonforme Identifikationsnummer für alle Schülerinnen und Schüler (Schüler-ID / Statistik-ID) [...] Die frühe Nutzung von Social Media [...] von Kindern und Jugendlichen, auch in der Schule [...] schnellstmöglich wissenschaftlich basiert bewerten und ein Maßnahmenpaket [...] vorlegen. (S. 64)

Wir stärken die Strukturen in der Gesundheits- und Pflegeversorgung in Stadt und Land. [...] langen Wartezeiten auf einen Arzttermin sinken. Dazu verbessern wir die Patientensteuerung. [...] Pflegerische

Leistungen müssen flexibler eingesetzt werden können [...] Pflegeberuf attraktiver machen [...] mehr Planbarkeit und Aufstiegsmöglichkeiten [...] (S. 7)

Angriffe auf diejenigen, die uns schützen, werden wir härter bestrafen. Auch die Angehörigen der Gesundheitsberufe nehmen wir in diesen Schutz auf. (S. 38)

[...] weitere Verbesserungen beim barrierefreien Zugang zur gesundheitlichen Versorgung und Informationen [...] Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen fort[setzen]. Antragsprozesse für Hilfsmittel, insbesondere für Kinder mit Behinderungen [...] vereinfachen. (S. 60)

[...] Notfallversorgung weiter[entwickeln] [...] Arbeit der Rettungsdienste [stärken] – eng verzahnt mit der medizinischen Versorgung und dem Katastrophenschutz unter Beteiligung der Kommunen. [...] Große Chancen sehen wir in der Verhinderung gängiger Volkskrankheiten. [...] Präventionsangebote in allen Lebensbereichen verbessern [...] Eigenverantwortung und Gesundheitskompetenz stärken. [...] Engpässe bei Arzneimitteln und Medizinprodukten abbauen, Versorgung verbessern. [...] Digitalisierung im Gesundheitsbereich [...] Schlüssel zu schnellerer und sicherer Versorgung. Die Potenziale der elektronischen Patientenakte, von digitalen Gesundheitsanwendungen oder des Einsatzes von KI [...] im Einklang mit dem Datenschutz weiter ausschöpfen. Mit umfassender Aufklärung wollen wir die freiwillige Weitergabe der persönlichen Gesundheitsdaten für klinische Studienzwecke und damit die Bekämpfung von Krankheiten voranbringen. [...] Digitalisierung in den Arztpraxen und der ambulanten Versorgung [...] unterstützen. (S. 68 – 69)

[...] Pflege [...] Personalnotstand entgegenzuwirken [...] attraktive Arbeitsbedingungen wie planbare Einsatzzeiten und Springerpools zum Abfedern von Belastungsspitzen, Aufstiegsmöglichkeiten, neue Berufsbilder und Anwerbungen im Ausland. [...] Einsatz und die Zusammenarbeit multiprofessioneller Teams und von Fachkräften unterschiedlicher Qualifikationsstufen. Wir stärken die Rolle von Pflegefachpersonen in der gesundheitlichen Versorgung und vereinfachen Dokumentationsprozesse. (S. 70)

Link zum Wahlprogramm von CDU/CSU: [Politikwechsel für Deutschland](#)

SPD (Mehr für dich. Besser für Deutschland. Regierungsprogramm – 66 Seiten)

[...] psychische Belastungen bei der Arbeit [...] beim Arbeitsschutz stärker in den Blick nehmen. (S. 13)

[...] Suchtprävention und die Prävention psychischer Erkrankungen stärken. Für junge Menschen in psychisch schwierigen Lebenslagen [...] bundesweit niedrigschwellige, auch digitale Beratungsangebote [...] alle Menschen, die eine Psychotherapie benötigen, zügig einen Therapieplatz erhalten. Der mutige Schritt eine[r] Psychotherapie [...] darf nicht zum Nachteil im Berufsleben werden. (S. 30)

Wir verbessern Rehabilitation und Teilhabe für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen. [...] der Bedarf besser als bisher erkannt und bedarfsorientiert adressiert [...]. Aktionsplan für ein diverses, inklusives und barrierefreies Gesundheitswesen zügig umsetzen. Neben der medizinischen Rehabilitation hat die soziale Rehabilitation für uns hohe Bedeutung. (S. 39)

Personen mit psychischen Vorbelastungen dürfen keinen Zugriff auf Waffen haben. (S. 42)

[...] Schutz vor Gewalt im Sport: [...] Zentrums für Safe Sport zur Bekämpfung physischer, psychischer und sexualisierter Gewalt. (S. 52)

Wir wollen beste Bildung und Betreuung für Kinder, Verlässlichkeit für arbeitende Eltern und gute Arbeit für die Beschäftigten in Kitas garantieren. [...] Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam weiter in gute Kita-Qualität investieren [...] gezielte Förderung von Kitas in benachteiligten Lagen [...] auch mit Bundesmitteln [...] Startchancenprogramm [...] [auch] an Schulen sukzessive ausbauen. (S. 15)

Unsere Einwanderungsgesellschaft braucht ein Bildungssystem, das Kindern unterschiedlicher Herkunft alle Möglichkeiten eröffnet, Kitas und Schulen mit Erfolg zu besuchen. [...] Vielfalt auch in Bildungsplänen, Schulbüchern und in den pädagogischen Berufen widerspiegeln. (S. 14)

[...] Maßnahmenpaket, um Kinderarmut weiter zu bekämpfen: mit der Unterstützung der Erwerbseinkommen durch Wohngeld, Kindergeld und Kinderzuschlag, mit Angeboten von Betreuung, Bildung und Pflege, auf die man sich verlassen kann. (S. 26)

In allen Bildungseinrichtungen [...] kostenfreie Verpflegung [...] Mittagessen [...] Empfehlungen des Bürgerrats zum Thema „Ernährung im Wandel“ beachten.

[...] starke Kinderrechte auch im Grundgesetz verankern, um Schutz, Beteiligung und Förderung sicherzustellen. Ab 16 Jahren [...] senken wir das aktive Wahlalter. (S. 27)

Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, ohne Gewalt aufzuwachsen. [...] das Familienrecht stärker an den Kinderrechten orientieren und Anreize für Schutzkonzepte in allen Einrichtungen schaffen, in denen sich Kinder und Jugendliche regelmäßig aufhalten. (S. 28)

Gesundheitsfachkräfte sollen in geschlechts- und diversitätssensibler Versorgung und Kommunikation geschult werden. [...] Versorgung für Kinder und Jugendliche weiter stärken. (S. 30)

Bei den ärztlichen Berufen [...] Schwerpunkt auf die Haus- und Kinderärztinnen und -ärzte legen und den Ausbau der Ausbildungs- und Weiterbildungskapazitäten vorantreiben [...]. Denn wir brauchen nicht nur mehr Pflegekräfte, sondern auch mehr Haus- und Kinderärztinnen und -ärzte. (S. 32)

Sport [...] leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheit – von der Kindheit bis ins hohe Alter. [...] (S. 49)

[...] Frühen Hilfen für Familien in belasteten Lebenslagen schrittweise bis zum Ende der Grundschulzeit ausweiten. Die derzeitige Trennung von Jugendhilfe, Schule und Gesundheitsleistungen [...] überwinden und die Angebote zusammenführen, vor allem in Familienzentren an Kitas und Schulen, die alle Familien erreichen. (S. 26)

Wir wollen strengere Regulierungen, Werbebeschränkungen und Altersgrenzen für Energy-Drinks, Alkohol, Einweg-Zigaretten und neuartige Nikotinprodukte. [...] Aufklärungskampagnen und präventiven Maßnahmen in Schulen [...] Zucker-, Salz- und Fettgehalt in unseren Lebensmitteln [...] reduzieren [...] verbindliche Ziele [...] ökonomische Anreize für weniger gesundheitsschädliche Produkte [...] Herstellerabgabe für zuckerhaltige Getränke. [...]

Unabhängig von Einkommen und Wohnort [...] schnellen Zugang zu einer hochwertigen Versorgung haben. [...] Unsere Strukturreformen verbessern Effizienz und Qualität, sie stärken die Prävention und stellen dabei die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt [...] Leistungsverschlechterungen für die Patientinnen und Patienten lehnen wir ab. (S. 28)

[...] Chancen der Digitalisierung nutzen [...]

[...] setzen wir den eingeschlagenen Weg zur Stärkung der Versorgungssicherheit fort. Wir haben eine längst überfällige Reform zur Verbesserung der Versorgungsqualität in unseren Krankenhäusern durchgesetzt und Maßnahmen für eine bessere ambulante Versorgung [...] Erleichterung der Gründung von kommunalen MVZ und die Einführung der Advanced Practice Nurse und Gemeindeschwestern und eine Verbesserung bei der Hilfsmittelversorgung insbesondere für Menschen mit Beeinträchtigung [...].

[...] Notfallversorgung und den Rettungsdienst verstärken, Barrieren zwischen Praxen, Krankenhäusern und weiteren Versorgungseinrichtungen aufheben [...] Zusammenarbeit im Gesundheitswesen auch durch den Einsatz von Telemedizin und Telepharmazie verbessern [...] mehr Regionalisierung, bedarfsgerechte Steuerung und ein Versorgungssystem, das nicht auf Gewinnorientierung, sondern auf Gemeinwohl und Nachhaltigkeit ausgerichtet ist. Schnelle Hilfe im Notfall [...] der verlässliche Zugang zur notwendigen Behandlung [...] für alle garantiert [...] Wartezeiten zu verringern [...] Termingarantie der Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen einführen. Gesetzlich Versicherte sollen genauso schnell wie Privatversicherte einen Termin erhalten. Bei Nichteinhaltung [...] Anspruch auf Beitragsreduzierungen haben. (S. 29)

Digitalisierung und Prävention [...], um die Diagnostik und Behandlung zu verbessern und eine schnelle Datenverfügbarkeit zu gewährleisten. Die elektronische Patientenakte kommt jetzt nach 20 Jahren Stillstand, und die KI-Medizin wird die Behandlung revolutionieren. Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte haben zukünftig mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten – durch Erleichterung der Dokumentation und Diagnostik durch KI. Der digitalisierte Datenaustausch [...] Erforschung neuer Therapien nachhaltig unterstützen. Für die Krebsbehandlung und Demenz wird KI, Heilungen ermöglichen.

[...] Chancen der Digitalisierung auch im Bereich der Prävention nutzen und die elektronische Patientenakte zu einem persönlichen Gesundheitsberater für die Versicherten weiterentwickeln. [...] Vermeidung nicht übertragbarer Erkrankungen wie Herzinfarkt oder Schlaganfall [...]

[...] Zugang zu Versorgungsangeboten für vulnerable Gruppen, beispielsweise durch Gesundheitskioske, weiter ausbauen und unterschiedliche gesundheitliche Bedürfnisse von Frauen und Männern stärker berücksichtigen, die geschlechter- und diversitätssensible Forschung gezielt fördern, um Unwissenheit in

Diagnostik, Therapie, Prävention und Rehabilitation zu überwinden. [...] die Versorgung für Kinder und Jugendliche weiter stärken.

[...] Verbesserungen der letzten Jahre bei der Liefersicherheit von Arzneimitteln schnell für alle Arzneimittel [...] schon heute kaum noch Engpässe. [...] stärkere Produktion von Arzneimitteln in Deutschland und Europa [...] Wir setzen zudem auf eine starke Gesundheitswirtschaft sowie Forschung und möchten personalisierte Therapiemöglichkeiten für Prävention und Behandlung zu erschwinglichen Preisen gemeinsam vorantreiben. (S. 30)

[...] Fachkräftemangel in Gesundheitsberufen [...] notwendig, hier Veränderungen hin zum Guten durchzusetzen. Lohn, Arbeitszeiten, Befugnisse [...] jetzt die Chance nutzen, um die Zukunftsfähigkeit unseres Versorgungssystems zu verbessern. Und das geht über die Berufe innerhalb des Systems. [...] Bei den ärztlichen Berufen [...] Schwerpunkt auf die Haus- und Kinderärztinnen und -ärzte [...] Ausbau der Ausbildungs- und Weiterbildungskapazitäten vorantreiben)

[...] weltweite Anwerbung und Integration von Fachkräften ausbauen. Gleichzeitig wollen wir die Attraktivität der Ausbildungen steigern [...] praxisnahe und kostenfreie Ausbildungen in den Gesundheitsfachberufen (S. 32)

Bei Cannabis [...] den Gesundheitsschutz, den Jugendschutz und den Kampf gegen die Organisierte Kriminalität verbessern [...] notwendigen Schritte einleiten, um eine europarechtskonforme Legalisierung zu ermöglichen. (S. 46)

[...] Sport als Staatsziel im Grundgesetz verankern, um mit der Kraft des Sports Gesundheit, soziale Teilhabe, Inklusion und Integration zu stärken. (S. 52)

Link zum Wahlprogramm von der SPD: [Mehr für dich. Besser für Deutschland.](#)

Die Linke (Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. – Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander. – 60 Seiten)

Die Linke tritt für eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land ein. [...] kommunale Versorgungszentren als Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern! Sie sollen [...] die ambulante Versorgung mit akutstationären, notfallmedizinischen, psychotherapeutischen, (gemeinde-)pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen verbinden. [...] stationäre und ambulante Versorgung gemeinsam im Interesse des Gemeinwohls geplant und gestaltet [...] (S. 19)

[...] notwendig, dass die Versorgung [mit Mental-Health-Angeboten] massiv ausgebaut wird: nicht nur, aber vor allem für Kinder und Jugendliche. [...] nicht genügend zugelassene Psychotherapeut*innen [...] Therapien über das Kostenerstattungsverfahren unbürokratisch möglich [...] grundlegende Reform der Bedarfsplanung für vertragspsychotherapeutische Kassensitze [...] nach dem realen Bedarf [...] Ausbildungskosten für zukünftige Psychotherapeut*innen müssen gedeckelt werden [...] [PiA] müssen einen Beschäftigungsstatus erhalten, der ihre Einbindung in Tarifstrukturen erlaubt [...]. Die Finanzierung der Ausbildung durch die Weiterbildungsstätten muss gesetzlich geregelt werden. (S. 19)

Bildungseinrichtungen müssen barrierefrei sein und sollten über ausreichend Fachkräfte und eine für alle Kinder passende Ausstattung verfügen. Wir befürworten das Mehr-Pädagog*innen-System: Mehr Pädagog*innen pro Klasse leisten mehr individuelle Förderung Multiprofessionelle Teams von Lehrkräften, Schulsozialarbeiter*innen, Psycholog*innen und medizinisches Fachpersonal arbeiten zusammen, um den individuellen Bedürfnissen der Schüler*innen gerecht zu werden. [...]

Jedes Kind hat ein Recht auf individuelle Förderung. Unabhängig von den Fähigkeiten setzen wir uns dafür ein, dass jedes Kind so begleitet wird, dass es sich bestmöglich entfalten kann. Wir befürworten die Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe aber nicht so, dass durch die Etikettierung nach verschiedenen Förderbedarfen diskriminiert und ausgesondert wird [...] Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeit [...] flächendeckend und dauerhaft an jeder Schule [...]. (S. 39)

Kommunen [...] Infrastrukturgarantie: Bus, Bäcker, eine Möglichkeit zum Geldabheben, Arztpraxen und Begegnungsorte müssen in jedem Ort vorhanden sein. Schwimmbäder, Jugendzentren, Wohnungslosenhilfe und Schulpsycholog*innen sind unverzichtbarer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. [...] Kommunen ausreichend finanziert [...] (S. 44)

Die psychologische Unterstützung für Polizeibeamt*innen soll verbessert werden. (S. 49)

Sparen [...] beim Essen. [...]. Besonders betroffen sind [...] Familien mit Kindern. (S. 6) [...]

Für arbeitsintensives Handwerk, Arzneimittel und Produkte für Kinder wollen wir ermäßigte Steuersätze. (S. 11)

Kinderarmut wirksam [...] bekämpfen [...] Kindergrundsicherung einführen, von der alle Kinder und Jugendlichen profitieren. Sie bündelt vier soziale Leistungen: Kindergeld für alle Kinder in Höhe von 350 Euro monatlich (unabhängig vom Einkommen der Eltern). Das Kindergeld darf nicht mehr auf das Bürgergeld angerechnet werden Kinderzuschlag für Kinder, die in Armut leben (altersgestaffelt bis zu maximal 379 Euro monatlich). Tatsächliche Unterkunftskosten (anteilig). Einmalige und besondere Bedarfe Klassenfahrten,

Umzugskosten o. Ä.). [...] Kinder und Jugendliche [...] Rechtsanspruch auf gute Entfaltung und soziale Teilhabe [...] Schutz vor Gewalt [...] Rechte im Grundgesetz verankern. [...] Bereits im Vorschulalter müssen Kinder lernen, sexualisierte Übergriffe und Gewalt zu erkennen und Erwachsene zu informieren, wenn sie dies erlebt oder beobachtet haben. (S. 16)

[...] Werbe- und Marketingverbot für ungesunde Lebensmittel, besonders für Kinder und Jugendliche. Der Zuckergehalt insbesondere in Softdrinks muss geregelt und begrenzt werden [...]. (S. 42)

Die „Istanbul-Konvention“ zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt muss in Deutschland endlich vollständig umgesetzt werden. [...] Koordinierungsstelle eingerichtet [...] Gesamtstrategie zur Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Frauen [...] Frauenhäuser bedarfsgerecht und verlässlich finanziert [...] Schutz und Beratung müssen für alle Frauen und ihre Kinder [...] kostenfrei, anonym, pauschal und barrierefrei [...]. Sorge- und Umgangsrecht [...] Klarstellung, dass der Schutz vor Gewalt von Frauen und Kindern Vorrang hat [...] (S. 47)

[...] Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre in allen demokratischen Entscheidungsprozessen auf europäischer, Bundes-, Länder- und Kommunalebene [...] (S. 48)

Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. (S. 53)

Es braucht eine wohnortnahe, kostenlose Gesundheitsversorgung. [...] sektorenübergreifende Behandlung und regionale Grundversorgung verlässlich und ausreichend [...] finanzieren. [...] Betriebskosten der Krankenhäuser von den Krankenkassen vollständig finanziert werden. Die Fallpauschalen müssen vollständig abgeschafft werden. Dadurch werden Gewinne und Verluste weitgehend unmöglich. (S. 18)

Apotheker*innen, Pflegekräfte, Therapeut*innen,

Hebammen, medizinische Fachangestellte und Notfallsanitäter*innen [...] sind für eine gute Versorgung unentbehrlich. Sie sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und beraten können. [...] Befugnisse der Heilberufe ausweiten und eine flächendeckende Versorgung gewährleisten. (S. 19)

Die Gesundheitsversorgung und die Pflege [soll] an den Bedürfnissen der Patient*innen und Beschäftigten ausgerichtet anstatt an Wettbewerb, Kostendruck und Profit. Wir unterstützen Modellprojekte für neue Versorgungsformen wie die bestehenden und entstehenden Stadtteilgesundheitszentren und Polikliniken (S. 45)

Für digitale Gesundheitsanwendungen [...] wissenschaftliche Bewertungsverfahren. [...] Open-Source-Anwendungen öffentlich fördern! (S. 19)

[...] Werbe- und Sponsoring-Verbot für Tabak, Alkohol, andere Drogen sowie Glücksspielangebote einführen, begleitet von Aufklärungskampagnen zu Alkohol-, Drogen- und Spielsucht. [...] Spielautomaten in Gaststätten verbieten. [...] Drogenkonsum vollständig entkriminalisieren und medizinische und sozialarbeiterische Interventionsprogramme schaffen, um Drogen endlich angemessen zu regulieren. Damit begegnen wir der inhumanen Verfolgung der Konsumierenden, aber auch der organisierten Kriminalität [...] vollständige Legalisierung von Cannabis und die dafür notwendigen Änderungen auf EU- und UN-Ebene. [...] Im Vordergrund muss stehen: Leben retten [...] flächendeckenden Zugang zu Drogenkonsumräumen, sterilen Konsumutensilien und Medikamenten gegen Überdosierung. Die Analyse von Drogen auf gefährliche Beimischungen und Verunreinigungen (Drugchecking) [...] flächendeckend verfügbar [...] Wir stärken Präventions-, Beratungs- und Hilfsangebote (S. 20)

Das Menschenrecht auf Gesundheit stärken! Medikamente und Impfstoffe, die über mit Steuergeldern finanzierte Forschung entwickelt [...] lizenzfrei zur Nachproduktion zur Verfügung gestellt. (S. 25)

Link zum Wahlprogramm von Die Linke: **Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. – Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander.**

FDP (Alles lässt sich ändern – 52 Seiten)

Wir Freie Demokraten wollen eine aktive Präventionsstrategie starten [...] durch Gesundheits-Apps, Telemedizin und Wearables. Wer Vorsorge betreibt, verursacht dadurch weniger Ausgaben für seine Krankenkasse. [...] Auch in der psychischen Gesundheit [...] durch Entstigmatisierung und niedrigschwellige, digitale Angebote die Lebensqualität der Betroffenen stärken. Wir setzen uns für eine bessere psychotherapeutische Versorgung ein [...] Wartezeit auf einen Therapieplatz auf unter vier Wochen verkürzen. [...] das Kostenerstattungsverfahren unbürokratischer machen und stärker standardisieren. (S. 33)

[...] bundeseinheitliche Kita-Qualitätsstandards [...] bedarfsgerechten Betreuungsschlüssel, der pädagogische Arbeit, administrative Aufgaben und Ausfallzeiten einberechnet, den Abbau überflüssiger Bürokratie und den Einsatz von multiprofessionellen Teams zur Entlastung des Erziehungspersonals. [...] verlässliche Betreuungszeiten und eine hohe Betreuungsqualität sicher[stellen] die Kindertagespflege als eine weitere Säule der Kindertagesbetreuung stärken. [...] Verantwortung für die Kitas überführen wir vom Familien- in das Bundesbildungsministerium [...] Startchancen-Programm für Kitas [...] unterstützt [...] wo ein hoher Anteil sozial benachteiligter Kinder oder ein akuter Kita-Platzmangel vorhanden ist. (S. 6)

Wir setzen uns für Schulfreiheitsgesetze ein [...] unter Wahrung der bestehenden Finanzierungsverantwortung für Bildung einheitliche bundesweite Qualitätsstandards für Bildung von Kindern ab der Kita bis zum Schulabschluss [...] einheitliche Abschlussprüfungen (Deutschland-Abitur) [...] bundesweite Vergleichbarkeit von Schulabschlüssen [...] eine Notenpflicht spätestens ab der dritten Klasse [...] moderne außerschulische Lernorte. (S. 7)

[...] inklusives Bildungssystem von der Kita bis zur Berufsausbildung, indem sonderpädagogische Inhalte in die pädagogische Grundausbildung integriert werden. Wegen der unterschiedlichen Ausprägung von Behinderungen [...] Förderschulen [...] unverzichtbar, um allen individuellen Notwendigkeiten der Förderung gerecht zu werden. Der Nachweis einer dauerhaften Behinderung [...] künftig nur noch einmalig erbracht [...] (S. 24)

[...] Elterngeld sowie weitere Familienleistungen [...] entbürokratisiert, digitalisiert und automatisiert [...] KI-basierte Beantragung und [...] Kinderchancenportal. (S. 29)

[...] Wechselmodell zum gesetzlichen Leitbild bei der Betreuung minderjähriger Kinder nach einer Trennung der Eltern [...] stets das Kindeswohl oberster Maßstab der Entscheidung [...] Beide Eltern sollten berechtigt und verpflichtet sein, sowohl für den Unterhalt als auch für die Betreuung mit einem substantiellen Anteil zu sorgen. Die Rechte der Großeltern im Umgang [...] stärken. (S. 30)

Sport [...] hilft, Pflegebedürftigkeit vorzubeugen [...] neben einer generellen Stärkung des Ehrenamts insbesondere das Engagement der Babyboomer-Generation gezielt einbinden. Mit ihrer Erfahrung und Zeit können sie Sportangebote für Kinder, Jugendliche und Senioren ausbauen [...] Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Schulen, Unternehmen und sozialen Einrichtungen, um möglichst viele Menschen zu erreichen. [...] Bundesjugendspiele mit individuellen Leistungsanreizen [...] ergänzen sie um die Möglichkeit, dort das

Deutsche Sportabzeichen zu erwerben. So motivieren wir leistungsstarke Kinder und Bewegungsbenachteiligte gleichermaßen und fördern Leistung und Teilhabe bei jungen Menschen. (S. 31)

[...] alle Menschen in Deutschland Zugang zu einer wohnortnahen und qualitativ hochwertigen Versorgung
[...] Primärarztssystem: Haus- und Kinderärzte [...] erste Anlaufstelle [...] ungekürzte Vergütung aller Gesundheitsberufe leistungsgerecht. In der Krankenhausversorgung [...] spezialisierte und damit bessere Angebote [...] Kostenentwicklung bremsen und zugleich Ärzte und Pflegekräfte entlasten. [...] Krankenhäuser, Ärzte und der Rettungsdienst mit einer Notfallreform besser vernetzt, integriert und koordiniert [...] künstliche Sektorenbarrieren zwischen dem ambulanten und dem stationären Versorgungsbereich konsequent abbauen [...] Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche weiterentwickeln [...] Freie Berufe im Gesundheitswesen [sollen] [...] in medizinischen Fragen autonom und frei von Weisungen Dritter entscheiden [...] Therapiefreiheit der Behandlung ohne Budgetierungszwang [...] (S. 32)

[...] frühzeitig Zugang zu nutzbringenden und innovativen Arzneimitteln [...] Rückverlagerung der Produktion wichtiger Arzneimittel nach Deutschland und Europa Gesundheitswirtschaft zukunftsorientiert, digitalisiert und wettbewerbsfähig agieren (S. 32)

[...] Prävention auch bei Suchtmitteln in den Fokus rücken. [...] durch Aufklärung zu einem verantwortungsfähigen Umgang mit Suchtmitteln verhelfen. Bei Cannabis haben wir bereits einen entscheidenden ersten Schritt gemacht, der hilft, den Schwarzmarkt einzudämmen und zugleich Qualität und Jugendschutz zu sichern. Wir halten deshalb an der Cannabis-Legalisierung fest. (S. 33)

Gute Pflege braucht Versorgungssicherheit [...] befreien Pflegeanbieter von doppelten Prüfungen ohne Mehrwert, unnötigen Nachweis- und Dokumentationspflichten und überbordenden Vorgaben. Pflegenden Angehörige entlasten [...] Pflege und Beruf vereinbarer [...] Situation und besonderen Bedürfnisse pflegender Kinder und Jugendlicher in den Blick nehmen [...] niedrigschwellige Beratungsangebote [...] im Inland und Ausland mehr Pflegefachkräfte gewinnen [...] Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte drastisch vereinfachen. Durch digitale Anwendungen, Automatisierung und Robotik [...] maßgeblich zur Entlastung des Pflegepersonals beitragen. (S. 33 – 34)

[...] alle relevanten Register, wie z.B. Melderegister, Unternehmensregister und Gesundheitsregister, vollständig digitalisieren und vernetzen [...] Verwaltungsprozesse deutlich beschleunigen und vereinfachen. (S. 36 – 38)

Link zum Wahlprogramm von der FDP: [Alles lässt sich ändern](#)

AfD (Zeit für Deutschland, 177 Seiten)

Die Freigabe des Cannabiskonsums außerhalb bestimmter medizinischer Indikationen [...] Fehler, der umgehend korrigiert werden muss. [...] Ausbau der suchtpsychiatrischen Versorgung, um die dauerhafte Abstinenz von Drogenkranken zu erreichen. [...] (S. 31)

Medizinische Behandlungsdaten müssen aufgrund ihrer hohen Sensibilität den höchstmöglichen Schutz genießen. Die Schaffung einer zentralen Datenbank [...] (Telematik-Infrastruktur – TI) ist abzulehnen [...] Speicherung eines Notfalldatensatzes, einschließlich eines Medikamentenplans und einer Patientenverfügung auf der Krankenversicherungskarte. (S. 33)

[...] Behandlung hinsichtlich einer Geschlechtsumwandlung [...] nur unter strenger ärztlicher Betreuung und erst ab Volljährigkeit [...]. Zuvor müssen psychologische Beratungsgespräche erfolgen. [...] Die Verwendung von Pubertätsblockern zur Einleitung einer Geschlechtsumwandlung muss verboten werden. [...] Das Selbstbestimmungsgesetz [...] ist vollumfänglich zurückzunehmen. (S.151)

[...] Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre. Anwendbarkeit des Jugendstrafrechts nur noch auf Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahrs. Zeitnahe Inhaftierung von Personen, die als Mehrfach- und Intensivtäter eingestuft werden. Regelmäßige Durchführung einer biologischen Altersfeststellung: bei Zweifeln, ob noch Jugendstrafrecht anzuwenden ist, bei Straftaten von erheblicher Bedeutung und bei Mehrfachtätern. (S. 118) *(Anmerkung d.Red.: Begriff „Kind“ durch Kürzungen entfallen)*

[...] Kinderehen [...] sind zu annullieren [...] die gesetzlichen Normen zu schaffen, welche die Folgen einer solchen Annullierung unter den Beteiligten regeln. (S. 124)

Kinderrechte sollen nicht ins Grundgesetz aufgenommen werden, da Kinder bereits Träger aller Grundrechte sind. Letztlich stellen "Kinderrechte" auch Durchgriffsrechte des Staates gegen die Erziehungsrechte der Eltern dar. Genau davor soll das Grundgesetz jedoch schützen. (S. 146)

Eine kinderfreundliche Gesellschaft soll als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen werden. (S. 147)

Krippen und Kitas sind personell ausreichend und qualifiziert zu besetzen. Der bestehende Fachkräftemangel [...] durch das von uns geforderte Betreuungsgehalt reduziert [...] die Nachfrage nach Kita-Plätzen deutlich senken. (S. 152)

Vor Familiengerichtsverfahren [...] Mediation verpflichtend [...] das Kindeswohl in den Vordergrund stellt und bei Verweigerung zeitnah wirksame Sanktionen vorsieht. Nach Trennung [...] Wechselmodell als Regelfall, unter der Voraussetzung, dass sich die Eltern einig sind und im gleichen Schulbezirk wohnen. [...] Existenzminimum von Eltern und Kindern in beiden Haushalten gesichert [...] Unbewiesene Behauptungen dürfen nicht zu einem Kontaktabbruch führen, der dann Tatsachen für eine Entfremdung schafft. Eine Umgangsverweigerung muss zeitnah und wirkungsvoll sanktioniert [...] Bei Wiederholungsfällen [...] das Sorgerecht in Frage gestellt werden (S. 154)

[...] einheitliche Kriterien für Inobhutnahmen auf Bundes- und Länderebene definiert werden [...] Anforderungen an Gutachten und Gutachter müssen klar und einheitlich definiert und durch ein Zulassungsverfahren sichergestellt werden. Kompetente Familienmitglieder – zum Beispiel die Großeltern – sind der Übergabe an Pflegefamilien oder stationäre Einrichtungen immer vorzuziehen. Inobhutnahmen sollen so kurz wie irgend möglich sein, die Bindung an die Eltern und Geschwister ist zu pflegen. (S. 155)

Eine Inklusion [...] Augenmaß [...] Erfolgserlebnisse ermöglichen [...] Schüler und Lehrer nicht überfordern und die Mitschüler nicht am Lernfortschritt hindern. Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten in der Förderschule eine umfassende Unterstützung [...] Erhalt der Förderschulen. Die Förderschule sollte wieder zum Regelfall für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden. (S. 159 – 160)

Die freiberuflich geführte Inhaberpraxis soll weiterhin das Rückgrat der ambulanten Versorgung bilden. [...] finanzielle und organisatorische Niederlassungshilfen [...] Eine bundeseinheitliche, gesetzliche Personalbemessung für alle pflegesensitiven Bereiche ist zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung unerlässlich. Eine angemessene Finanzierung des notwendigen Personalaufwuchses ist [...] sicherzustellen. [...] Den Versandhandel mit rezeptpflichtigen Medikamenten lassen wir nicht mehr zu [...] Arzneimittelgroßhandel in Deutschland wird verpflichtet [...] mindestens die Menge der durchschnittlichen zwei Monatsbedarfe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln vorzuhalten. (S. 27 – 28)

Bürokratie im Gesundheitswesen [...] [benötigt] Deregulierung, Bürokratieabbau, Selbstverwaltung und [...] Eigenverantwortung. (S. 33)

Link zum Wahlprogramm von der AfD: [Zeit für Deutschland](#)

BSW (Unser Land verdient mehr! – 45 Seiten)

[...] Lehrkräfte durch Unterstützungsteams (Sozialarbeit, Schulpsychologen, IT-Management) von fachfremden Aufgaben entlaste[n] (S. 25)

Prävention, alternative Behandlungsformen, Psychotherapie und die schlichte menschliche Betreuung kommen unter die Räder zugunsten einer immer teureren „Reparaturmedizin“ [...] Fehlanreize müssen überwunden werden. (S. 26)

[...] mehr Medizinstudienplätze und Ausbildungsplätze für Psychotherapeuten schaffen, mehr Pflegepersonal ausbilden und eine bessere Bezahlung. Junge Leute mit einem harten Numerus clausus vom Medizin-Studium abzuhalten und dann die Ärzte aus ärmeren Ländern anzuwerben, ist eine zynische Politik. (S. 27)

Millionen Betroffene von psychischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Schäden, verursacht durch Lockdowns, Schulschließungen, Geschäftsschließungen, Berufsverbote, 2G sowie Impfzwang in Gesundheitsberufen und in der Bundeswehr brauchen eine Stimme. (S. 40)

[...] Ausbau der Ganztagschulen und der Hort- und Hausaufgabenbetreuung, um Kinder unabhängiger von den unterstützenden Möglichkeiten ihrer Eltern zu machen. [...] ein Social-Media-Gesetz nach australischem Vorbild, damit die Kinder nicht in einem virtuellen Paralleluniversum verschwinden, [...] Der Bund soll für alle Kinder das erste Jahr im Sportverein bezahlen (Zuschuss von bis zu 150 Euro im Jahr). (S. 24)

Jedes Kind in Deutschland verdient eine gute Ernährung. [...] deshalb ein kostenloses, gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen. (S. 31)

Mit einem Investitionsprogramm „Kinder und Bildung“ [...] in eine kinder-, jugend- und familienfreundliche Infrastruktur investieren. (S. 32)

Das neue Selbstbestimmungsgesetz [...] höhlt die Schutzrechte für Frauen aus. Wir lehnen dieses Gesetz ausdrücklich ab. Der Wechsel der Geschlechtsidentität sollte für die Wenigen, die ihn für ein zufriedenes Leben wirklich benötigen, diskriminierungsfrei mit einem ärztlichen Gutachten möglich sein (S. 34)
(Anmerkung der Redaktion: außerhalb der Stichworte, Zitierung ergänzt)

[...] eine Infrastruktur-Garantie für Deutschland: Gesundheit, Wohnen, Energie- und Wasserversorgung wollen wir am Gemeinwohl ausrichten und nicht am Profit. ÖPNV, ärztliche Grundversorgung und regional erreichbare Krankenhäuser, Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf, Freizeittreffs insbesondere für die Jugend und ältere Mitbürger sowie schnelles Internet sind vom Staat zu gewährleisten (S. 16)

Krankenhausschließungen und die aktuelle Krankenhausreform lehnen wir ab, da der ambulante Sektor die Versorgung nicht übernehmen kann und die Reform nicht in eine wirksame Entwicklungsperspektive eingebunden ist. Besonders Hausärzte als Ansprechpartner der Patienten müssen höher vergütet werden. Generell darf der Wegfall der Privatversicherung nicht zu Einkommenseinbußen für niedergelassene Ärzte und Zahnärzte führen. [...] Die Benachteiligung der Kinder- und Jugendmedizin ist aufzuheben, die Ausbildung zur Kinderkrankenpflege wieder aufzunehmen. (S. 27)

[...] Vollstreckungsbeamte, Rettungskräfte und medizinisches Personal vor verbalen und tätlichen Angriffen durch schnellere Anklagen und Strafvollstreckungen besser schützen. (S. 35)

Das RKI muss reformiert und seine Unabhängigkeit gesichert werden. Ebenso müssen die Gesundheitsämter wieder eigenständige Fachbehörden werden. (S. 40)

Link zum Wahlprogramm von BSW: [Unser Land verdient mehr!](#)